

LUTZ POHLE

CHINAS FÜHRUNG VOR ENORMEN AUFGABEN

DAS BEVÖLKERUNGSREICHSTE LAND DER ERDE MUSS MIT WENIGER WACHSTUM AUSKOMMEN, SOZIALER WERDEN UND ÖKOLOGISCHER WIRTSCHAFTEN

In Beijing (Peking) ist im November die fünfte Generation der Führung der Kommunistischen Partei (KP) Chinas vorgestellt worden. Zum Abschluss des XVIII. Parteitages wurden ein neues Zentralkomitee und das Politbüro gewählt. Das Politbüro benannte die sieben Mitglieder seines Ständigen Ausschusses, des höchsten Entscheidungsgremiums der Partei und zugleich das faktische Machtzentrum der Volksrepublik China. Neuer Generalsekretär wurde Xi Jinping. Der Übergang zur neuen Führung wurde mit großem Aufwand perfekt inszeniert, offene Auseinandersetzungen vermieden. Aber die Probleme Chinas sind nicht gelöst. Die weltgrößte politische Partei im bevölkerungsreichsten Land der Erde steht vor enormen Aufgaben mit Folgen für die ganze Welt – China muss in Zukunft mit deutlich weniger Wachstum auskommen, zugleich sozialer und ökologischer wirtschaften und darüber hinaus die Stabilität und Einheit des Landes bewahren.

DIE FÜNFTE GENERATION DER FÜHRUNG DER VOLKSREPUBLIC

In China spricht man von der fünften Generation, die jetzt schrittweise die Geschicke des Landes übernimmt. Gezählt wird seit der Gründung der Volksrepublik im Jahre 1949. Damals hatte Mao Zedong auf dem Tiananmen-Platz, dem Platz des himmlischen Friedens, im Herzen Beijings das neue China ausgerufen. Er regierte China bis zu seinem Tod 1976. In seiner Umgebung versammelte Mao vor allem die Revolutionäre der ersten Generation, die seit den 1920er Jahren, im antijapanischen Krieg und im Bürgerkrieg mit Chiang Kai-shek für dieses China gekämpft hatten.

Die nächste Generation ist vor allem mit dem Namen Deng Xiaoping verbunden. Er hatte sich in schweren innerparteilichen Kämpfen nach dem Ende der sogenannten Kulturrevolution durchgesetzt. Ihm wird der Beginn der Wirtschaftsreformen und die Öffnung Chinas zugeschrieben, die zu dem beispiellosen Entwicklungswunder Chinas führten. In seine Verantwortung fällt allerdings auch die blutige Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Tiananmen-Platz in Beijing 1989. Deng hat auch eingeführt, dass die Amtszeiten der Partei- und Staatsführung in China auf zehn Jahre beschränkt werden – eine Lehre, die die KP nach den Wirren der «Kulturrevolution» und vor allem aus dem unsäglichen Personenkult um Mao Zedong zog.

Auf dem XIV. Parteitag im Jahr 1992 kam die dritte Generation ins Amt, Jiang Zemin wurde zum Generalsekretär der Partei bestimmt. Unter seiner Führung waren Li Peng und

Zhu Rongji Ministerpräsidenten, wurden die wirtschaftlichen Reformen und die Öffnung Chinas weiter forciert, trat China der WTO bei, und die Partei öffnete sich für breite Schichten der Gesellschaft. Es begann ein Prozess, der heute als der Übergang der KP Chinas von einer «revolutionären Partei» zu einer «regierenden Partei» beschrieben wird.

Die jetzt abtretende Führungsgeneration war seit 2002 im Amt und wird durch Noch-Staatspräsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao repräsentiert. Unter deren Leitung ist China schließlich zur Wirtschaftsmacht Nummer zwei nach den USA in der Welt und zum Exportweltmeister aufgestiegen. Zu ihrem Vermächtnis gehört auch, dass das Land wieder im Kreis der politischen Großmächte angekommen ist mit Stimme und Gewicht bei allen wesentlichen Entscheidungen auf unserem Planeten. Als politisches Erbe von Hu Jintao wurde jetzt, auf dem Parteitag in Beijing, die Theorie vom «wissenschaftlichen Entwicklungskonzept» («kexue fazhanguan») ins Parteistatut aufgenommen. In China wird darunter die gegenwärtig gültige ideologische Leitlinie der KP verstanden, die erstmals nachhaltige Entwicklung und soziale Sicherheit einschließt und schließlich zu einer «harmonischen Gesellschaft» als Quintessenz des «Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten» führen soll. Angesichts der Identitäts- und Legitimationskrise der Partei soll dieses Konzept das politisch-ideologische Vakuum füllen, dass die brutale Marktwirtschaft und die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hinterlassen haben.

WER SIND DIE NEUEN?

Auf dem XVIII. Parteitag ist von den 2.307 Delegierten am 14. November ein neues Zentralkomitee der KP Chinas gewählt worden. Es besteht aus 205 Vollmitgliedern und 171 KandidatInnen, etwa die Hälfte von ihnen wurde erstmals gewählt. Die Kandidatenlisten für die Wahl zum Zentralkomitee waren nicht öffentlich. Das neue ZK wiederum wählte die 25 Mitglieder des Politbüros, darunter zwei Frauen. Das Politbüro hat einen Ständigen Ausschuss, der gemeinhin als das höchste und wichtigste Entscheidungsgremium in China betrachtet wird. Bislang gehörten dem Ausschuss neun Mitglieder an, der neue Ständige Ausschuss hat nur noch sieben Mitglieder, darunter keine Frau. Fünf der sieben Mitglieder sind neu im Ständigen Ausschuss.

Bei der Auswahl der KandidatInnen für die höchsten Führungsgremien der Partei und des Landes blieb die Öffentlichkeit Chinas ausgeschlossen, das Ausland sowieso. Allein der Politkrimi und der Skandal um das ehemalige Politbüromitglied und früheren Bürgermeister von Chongqing, Bo Xilai, die wochenlang die Schlagzeilen der Weltpresse bestimmten, gewährten einen kurzen Blick hinter die Kulissen. Bo, dem gute Aussichten auf einen Platz im Ständigen Ausschuss eingeräumt worden waren, wurde schließlich wegen «schwerer Vergehen gegen die Parteidisziplin» kurz vor dem Parteitag ganz aus der Partei ausgeschlossen, seine Ehefrau in einem Mordprozess schuldig gesprochen und zum Tode, allerdings mit zwei Jahren Aufschub, verurteilt.

Der neue Generalsekretär Xi Jinping (59) hat seine Mannschaft ganz offensichtlich eng mit seinen Vorgängern und den Parteialtesten abgestimmt: Obwohl offiziell ohne Funktion war der 86-jährige Jiang Zemin (bis 2002 Generalsekretär der Partei) zum Parteitag als Delegierter mit Sonderstimmrecht eingeladen worden und saß im Präsidium. Auch Ex-Parteichef und Noch-Präsident Hu Jintao (69) mischte bei der Besetzung des höchsten Führungskreises kräftig mit. Bei der Auswahl waren viele Interessen zu berücksichtigen: die der WirtschaftsreformerInnen – die das Land weiter öffnen, den staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft abbauen, das Finanzsystem liberalisieren und die Steuer- und Sozialsysteme weiter reformieren wollen –, die der politischen ReformerInnen – die das Rechtssystem und den Rechtsstaat in China weiter ausbauen wollen, für die demokratischen Wahlen kein Schreckgespenst sind und die die Zivilgesellschaft stärker in die Entscheidungsfindungen einbeziehen wollen – und nicht zuletzt die der konservativen TheoretikerInnen und IdeologInnen – die die Wirtschaftsreformen und die Öffnungspolitik für die wachsenden Probleme Chinas verantwortlich machen, die die Presse und das Internet zensurieren und das Internet als Gefahr betrachten, die Ideologie und Klassenkampf über Wirtschaftsreform und Rechtsstaat stellen, die weiter Stalin und dem traditionellen Staatssozialismus huldigen und denen die gewaltig gewachsenen Widersprüche im Lande als Begründung dienen, den Reformkurs insgesamt infrage zu stellen.

Xi Jinping (59) gehört zu den Zöglingen von Alt-Parteichef Jiang Zemin. Außerdem ist er ein sogenannter Prinzing, Abkömmling der alten revolutionären Parteinomenklatura mit familiären Bindungen zur ersten Generation der Gründerväter der Volksrepublik: Sein Vater Xi Zhongxun (1913–2002) hatte einst eng mit Mao Zedong zusammengearbeitet und war unter Deng Xiaoping an der Ausarbeitung der Wirtschaftsreformen beteiligt. Xi selbst ist Absolvent der Elite-Universität Qinghua in Beijing. In seiner Biografie verweist er gern auf die Jahre 1969 bis 1975, als sein Vater während der «Kulturrevo-

lution» in China in Ungnade gefallen und er selbst «zur Um-erziehung aufs Land» geschickt worden war. «Das karge Leben in einem abgelegenen Bergdorf in Shaanxi hat ihn tief geprägt, und er kann daher die Probleme der Bauern in China gut verstehen», werden Freunde von Xi aus dieser Zeit zitiert. Die wichtigsten Stationen seiner politischen Karriere nach der Rehabilitation seines Vaters am Ende der «Kulturrevolution» waren verschiedene Positionen als Bürgermeister, Parteisekretär, Vize-Gouverneur und Gouverneur in den Provinzen Fujian (1985–2003) und Zhejiang (2003–2007) sowie in Shanghai (2007), bevor er Ende 2007 in die Zentrale nach Peking berufen wurde. Dort stieg er schnell auf, wurde in den Ständigen Ausschuss des Politbüros berufen (2008), wurde Präsident der Zentralen Parteihochschule in Beijing und Vize-Präsident der Volksrepublik China. Als Präsident der Parteihochschule hat Xi die höchste Bildungsstätte der KP für neue Ideen geöffnet und die Schule zu einem Thinktank für Reformen umgebaut.

In einem eher überraschenden Schritt ist Xi Jinping zum Abschluss des Parteitages zudem zum Leiter der Zentralen Militärkommission der Partei ernannt worden. In der Vergangenheit wurde diese Machtfülle den neuen Parteichefs immer erst nach einer Zeit der «Bewährung» im höchsten Partei- und Staatsamt zugestanden. BeobachterInnen werten die sofortige Ernennung Xis zum Chef der mächtigen Kommission, in der alle Sicherheitserfordernisse Chinas besprochen und koordiniert werden, als Teil der Offensive der Partei, das Militär und den Sicherheitsapparat angesichts der neuen internationalen Herausforderungen, denen sich China gegenüber sieht, zu stärken. Womöglich ist der Grund dafür jedoch weit trivialer: Im Machtpoker um die Besetzung der höchsten Positionen dürfte Xi den Posten als oberster Militär in China wohl im Ausgleich für seine Zustimmung zu anderen Personalien erhalten haben. In Hongkong spekuliert man, dass die Verkleinerung des Ständigen Ausschusses des Politbüros zwei wichtigen Reformern (Wang Yang, Parteichef der Südprowinz und des Wirtschaftszentrums Guangdong, und Li Yuanchao, Parteichef in der reichen und reformorientierten Provinz Zhejiang) den Platz gekostet hat. Das könnte eine Erklärung sein. Im März kommenden Jahres jedenfalls dürfte Xi Jinping auch Hu Jintao als Staatspräsident ablösen und damit endgültig die Nummer eins in China und der vielleicht zweitmächtigste Mann der Welt sein.

Li Keqiang (57) ist hinter Xi die neue Nummer zwei in der Hierarchie. Der derzeitige Vizepremier ist, genauso wie der Generalsekretär, bereits seit 2007 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der Partei. Er begann seine Ausbildung und politische Laufbahn an der renommierten Beijing-Universität. Er promovierte an der rechtswissenschaftlichen Fakultät und war Chef des dortigen kommunistischen Jugendverbandes (CYL). Über verschiedene Stationen als Parteifunktionär und Regierungsmitglied in den Provinzen Henan und Liaoning stieg er schließlich 2007 ins Politbüro auf. Er galt bislang als Nachfolger von Premier Wen Jiabao im höchsten Regierungsamt Chinas und sollte im Frühjahr 2013 auf der turnusmäßigen Tagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) zum Regierungschef gewählt werden – es halten sich allerdings weiter Gerüchte in Beijing, die Li künftig auf dem Posten des Parlamentspräsidenten, offiziell des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des NVK, sehen. Dafür spricht, dass mit Zhang Dejiang und Zhang Gaoli zwei weitere, ausgewiesene Wirtschaftsexperten in den Ständigen Ausschuss des Politbüros aufgestiegen sind, denen mehr Kompetenz und Durchsetzungsvermögen in Wirtschaftsfragen

zugetraut wird. Gleichzeitig würde die Besetzung des Parlamentspräsidenten (formal die Nummer zwei im Staat) mit Li Keqiang auch für die häufig geforderte Aufwertung des Parlaments sprechen und eine größere Rolle des NVK bei der Umsetzung politischer Reformen begünstigen.

Auch der Name Wang Qishan ist bereits als künftiger Regierungschef gehandelt worden. Der im Westen sehr bekannte Wirtschaftsfachmann war lange Zeit Zentralbankchef in China und hat sich als Experte einen guten Ruf in Wirtschaftsfragen erarbeitet. Wang ist zum Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros berufen worden, allerdings auch zum Chef der Disziplinarkommission des ZK. Als solcher ist er oberster Korruptionsbekämpfer der KP. Er dürfte mit der Aufgabe voll ausgelastet und damit aus dem Rennen um den Posten des Regierungschefs ausgeschieden sein.

Die Biografien der anderen Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros (vgl. <http://www.xinhuanet.com/english/special/18cpcnc/index.htm>) gleichen sich in vielen Punkten. Anders als die Gründerväter und vorherigen Generationen der Führung des Landes entstammen sie nicht mehr der ersten Generation der RevolutionärInnen Chinas, sondern sind in Friedenszeiten aufgewachsen. Sie haben in der Regel eine solide Ausbildung und eine lange Karriere im Partei- beziehungsweise Regierungsapparat Chinas hinter sich. In ihrer Jugend haben sie die Wirren des «Großen Sprungs vorwärts» (1958–61) oder der «Kulturrevolution» (1966–1976) am eigenen Leib erfahren. Einige von ihnen wurden selbst in entlegenen Dörfern unter ärmlichsten Bedingungen mit körperlicher Arbeit «umerzogen», während ihre Eltern verfolgt wurden.

KEINE DEMOKRATISCHE ERFAHRUNG

Keine der fünf Führungsgenerationen der obersten Parteiführung und der Regierungen Chinas musste sich jemals demokratischen Wahlen im westlichen Verständnis stellen noch haben die regierenden PolitikerInnen Erfahrung damit. Das war solange kein «Problem», wie «revolutionärer Terror» (nach dem Krieg) oder militärisch-bürokratische Strukturen und Kommandowirtschaft von den 1950er bis 1970er Jahren das Land regierten. Nach dem Ende der «Kulturrevolution» bestimmten allerdings Öffnung und Aufbruch die Entwicklung. Das Vertrauen in Partei und Regierung speiste sich aus der revolutionären Vergangenheit und der nicht enden wollenden, wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung seit den 1980er Jahren, die sich auch im täglichen Leben der einfachen Menschen durch höhere Einkommen, volle Geschäfte oder bessere Wohnungen widerspiegelte. Sinkende Wachstumsraten, Inflation, Umweltzerstörung, Verschwendung und Korruption untergraben nun allerdings die Legitimität der Führung. Im Kern gipfelt die Vertrauenskrise in der Frage, wann den wirtschaftlichen politische Reformen folgen. Diese Frage wird von zunehmend mündigen BürgerInnen gestellt, die die wirtschaftlichen Freiheiten und den gewachsenen Wohlstand durch politische Veränderungen ergänzt sehen wollen.

Seit den 1980er Jahren hat China sein Bruttosozialprodukt vervierfacht, das Land hat sich grundlegend verändert. Eine komplett neue soziale Schicht, der «neue Mittelstand», ist entstanden. Sie ist gekennzeichnet durch ständig steigende Einkommen, ihre Mitglieder haben es bereits zu «kleinem (oder auch größerem) Wohlstand» gebracht, sind gut gebildet, haben häufig Auslandserfahrung und arbeiten in mehr oder weniger wichtigen Positionen in Wirtschaft, Verwaltung, Bildungs- und Gesundheitswesen. Sie stützen das System, weil sie (noch) wirtschaftlich davon profitieren, erwar-

ten dafür aber im Gegenzug, dass ihre politischen Interessen und Ziele gewahrt beziehungsweise berücksichtigt werden. In dem Maße, wie sie sich und ihre Interessen nicht mehr oder nicht mehr ausreichend durch die allein regierende Partei vertreten fühlen, engagieren und organisieren sie sich, zum Beispiel in der schnell wachsenden Zivilgesellschaft. Vor allem im Umweltschutz, aber auch im sozialen Bereich, im Rechtswesen und im Internet wächst die Zahl dieser engagierten BürgerInnen stetig. Sie nehmen die KP als unfähig wahr, unfähig, die Alltagsprobleme der BürgerInnen zu lösen. Ihr Ärger entzündet sich häufig an der Unfähigkeit im Beamten- und Regierungsapparat oder an der Korruption, an der sie selbst nicht teilhaben und deshalb nicht von ihr profitieren können. Sie verstehen es, ihre Probleme zu artikulieren und an der entsprechenden Stelle vorzubringen. Zeichen dafür sind die ungewöhnlich offenen und vielfältigen Diskussionen, die man in China in geschlossenen Räumen, im Internet, in inoffiziellen privaten Zirkeln, in Schulen, Krankenhäusern und in akademischen Kreisen, in Universitäten und Akademien erleben kann. An der Zentralen Parteihochschule wurde auf einem Symposium in diesem Jahr die These vertreten, dass in diesem Teil der chinesischen Gesellschaft ab 2020 demokratische Wahlen und Strukturen schrittweise implementiert werden könnten. Aber auch diese können westliche Vorbilder nicht einfach kopieren, sondern müssen an die konkrete Situation in China angepasst und langfristig vorbereitet werden, um Chaos zu vermeiden.

Weit explosiver entwickelt sich die Lage bei dem Millionenheer der Bäuerinnen, Bauern und sogenannten WanderarbeiterInnen, die immer noch deutlich mehr als die Hälfte der 1,3-Milliarden-Bevölkerung des Landes ausmachen. Diese Bevölkerungsgruppen sind mehrheitlich vom wirtschaftlichen Fortschritt des Landes ausgeschlossen. Sie leben immer noch am oder unter dem Existenzminimum. Für mehr als 200 Millionen Menschen konnte zwar laut offiziellen Statistiken die Armut überwunden werden, aber materiell gesichert ist das Leben von großen Teilen dieser Gruppen deshalb keineswegs. Das wird nicht zuletzt am offiziellen GINI-Koeffizient deutlich, der die Einkommensverhältnisse beurteilt: Er nähert sich in diesem Jahr in China der Marke von 0,5 oder wird sie vielleicht sogar überschreiten – ein Grenzwert, der die Einkommensverteilung in einem Land als kritisch bis gefährlich bewertet.

Politisch vertreten fühlen sich die Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppen durch die KP kaum noch. Selbst nach offiziellen Angaben waren weniger als zehn Prozent der Delegierten des Parteitag in Beijing ArbeiterInnen. Es wurde nicht gesagt oder geschrieben, um welche Art von ArbeiterInnen es sich handelte oder wann die «Arbeiter-Delegierten» das letzte Mal eine Fabrik von innen gesehen haben. Aber es darf getrost davon ausgegangen werden, dass darunter kaum einfache WanderarbeiterInnen gewesen sind, die um ihren ohnehin kargen Lohn betrogen wurden, weil die staatliche Baufirma ihre SubunternehmerInnen nicht bezahlt hat. Von Bauern und Bäuerinnen war auf dem Parteitag nur ganz selten die Rede, dafür hatten über 90 Prozent der Delegierten einen Hoch- bzw. Fachschulabschluss.

Bäuerinnen, Bauern und WanderarbeiterInnen leben immer mehr am Rande der sich schnell entwickelnden chinesischen Gesellschaft. Sie werden durch das sogenannte «Hukou»-System, auf Deutsch «Haushalt-Registrierungssystem», systematisch und staatlich sanktioniert diskriminiert und ausgegrenzt. Nach diesem System wird jede Bürgerin und jeder Bürger Chinas am Geburtsort registriert und

kann nur dort Leistungen des Staates, etwa für Bildung oder Gesundheitsversorgung, in Anspruch nehmen – ungeachtet des jetzigen Wohn- und Lebensmittelpunkts. Die Reform dieses Systems war unter Hu Jintao und Wen Jiabao versprochen worden, umgesetzt ist sie bislang nicht.

AUFGABEN, DIE GELÖST WERDEN MÜSSEN

China bedarf dringender Veränderungen. Ex-Parteichef Hu Jintao sprach zum Auftakt des Parteitages von einem «neuen Wirtschaftsmodell», das China jetzt benötige. Die arbeitsintensive Exportindustrie taugt nicht mehr zum Wachstumsmotor. Seit dem Ausbruch der Euro- und Schuldenkrisen im Westen sollte mit Binnenmarktentwicklung und nationaler Konjunktur die Wende in der Wirtschaftsentwicklung eingeleitet werden. Die Einführung eines anderen Wachstumsmodells beschäftigte allerdings schon den letzten Parteitag im Jahr 2007. Und auch wenn der scheidende Generalsekretär Hu Jintao in seinem diesjährigen Bericht an den Parteitag die Forderung, die wirtschaftlichen Reformen fortzusetzen, wiederholte, so ließ er doch offen, welche konkreten Maßnahmen damit gemeint sind. Das Spektrum der im Lande diskutierten und geforderten Maßnahmen reicht von der Liberalisierung des Bankensektors bis zur Zerschlagung der großen Staatsbetriebe. Andere raten dazu, die Reformen zu verlangsamen, keine neuen Experimente zu beginnen und das Erreichte zu konsolidieren. Es ist bisher nicht klar erkennbar, in welche Richtung es gehen wird.

Die Erwartungen der BürgerInnen sind hoch. Das Wirtschaftswachstum war zuletzt so schwach wie seit Jahren nicht mehr – weniger als acht Prozent. Was jede europäische Regierung vor Freude jubeln lassen würde, ist für die chinesische Politik ein Problem: Nach jahrelangen Wachstumsraten von zehn und mehr Prozent bedeutet jeder Prozentpunkt weniger Millionen Arbeitslose mehr auf dem ohnehin angespannten Arbeitsmarkt. Gleichzeitig verändert sich die Struktur der Wirtschaft hin zu Hightechindustrie. Die Löhne steigen auch in China und arbeitsintensive Tätigkeiten werden zunehmend in Länder mit noch niedrigeren Arbeitskosten verlagert. Xi Jinping und die neue Führung müssen weiter dafür sorgen, dass die Wirtschaft nachhaltiger wird, weniger Ressourcen verschleudert werden und die Umweltzerstörung gestoppt wird. Außerdem drohen Inflation und eine Immobilienblase. Die Umweltzerstörung bleibt ein riesiges Problem ebenso wie die schnelle Verstädterung. Die massive soziale Ungerechtigkeit wird von vielen als Problem Nummer eins empfunden. Die ausufernde Korruption und Verschwendung auf der anderen Seite lässt die BürgerInnen immer stärker an der Glaubwürdigkeit der Partei und Regierung zweifeln. Beamtenwillkür und soziale Ungerechtigkeiten haben zu einem massiven Anstieg lokaler Unruhen geführt, die inzwischen auch die bislang systemtragende Mittelschicht erreicht haben. Politikwissenschaftler Yu Jianrong nennt diesen wachsenden Widerstand «Zwischenfälle mit Massencharakter» – eine beschönigende Umschreibung für Proteste, die bislang lokal blieben, sich aber ganz schnell zu einem Flächenbrand ausweiten können.

POLITIK UND WIRTSCHAFT MÜSSEN TRANS-PARENT UND RECHTSSTAATLICH WERDEN

Deng Xiaoping hatte Anfang der 1980er Jahre den Weg für die Wirtschaftsreformen vorgegeben: «Die Steine ertastend den Fluss überqueren». Überall im Lande waren Experimentierzonen entstanden, sogenannte Sonderwirtschafts- und Entwicklungszonen, in denen Reformvorhaben getestet

wurden. Eine nicht unbedeutende Gruppe von ParteifunktionärInnen, beraten von SozialwissenschaftlerInnen von der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften oder der Parteihochschule, tritt nun dafür ein, dieses Modell auch anzuwenden, um Wahlen und andere demokratische Strukturen und Freiheiten in China schrittweise einzuführen. Auf Kreis- oder Stadtteilebene wurde damit auch bereits begonnen, allerdings wurden die Experimente in der jüngsten Zeit deutlich gebremst. Eine andere Gruppe von WissenschaftlerInnen und FunktionärInnen, die in der Zeitung *Global Times* ihr Sprachrohr gefunden hat, widerspricht: Das Vorgehen Dengs war für die 1980er und 1990er Jahre und für die Wirtschaft anwendbar, heißt es dort, für die Reform des politischen Systems sei es nicht praktikabel.

Im Kampf gegen Korruption und Verschwendung warnte Hu Jintao die Parteitagsdelegierten vor einem «Kollaps von Partei und Staat», wenn es nicht gelänge, die Korruption in den Griff zu bekommen. Wie die vorhandenen strengen Grundsätze der Partei allerdings durchgesetzt werden sollen, ließ er offen. Die Partei hat zwar ihre eigenen Disziplinareinheiten – Vergehen von Parteimitgliedern werden zunächst dort behandelt, bevor sie, wenn überhaupt, an staatlichen Stellen übergeben werden – politische Entscheidungsgewalt ist jedoch eng mit wirtschaftlichem Interesse verbunden. Seit zuletzt die *New York Times* das riesige Vermögen offenlegte, das die Familie von Ministerpräsident Wen Jiabao in seiner Amtszeit angehäuft haben soll, seit den Skandalen der letzten Jahre – von gepanschter Milch über gewissenlose Fälschung von Arzneimitteln unter Beteiligung höchster Regierungsstellen bis hin zum Sturz des Spitzenfunktionärs Bo Xilai –, seitdem befindet sich die Partei in einer Legitimationskrise. Solange politische und wirtschaftliche Entscheidungen hinter verschlossenen Türen ausgehandelt werden, dürfte es schwer sein, daran etwas zu ändern.

Auf dem Parteitag in Beijing ist es noch einmal gelungen, den Übergang auf die neue, seit der Gründung der Volksrepublik fünfte Führungsgeneration ohne größere Verwerfungen zu vollziehen. Die eigentliche Herausforderung beginnt allerdings erst jetzt. An China werden von vielen Seiten große Erwartungen gestellt – sei es an seine Rolle als Lokomotive der Weltkonjunktur oder als Entwicklungsmodell und Weltmacht. Die neue Führung muss die Einheit und territoriale Integrität des Riesenlandes wahren, gleichzeitig die sozialen und politischen Konflikte im Inneren ausgleichen und das alles unter den Bedingungen, dass alte und neue Konflikte mit den Nachbarn wieder aufbrechen und sich die internationale Lage mit ihren Krisen und Konflikten weiter zuspitzt. «Veränderung muss mit Kontinuität ausgewogen werden», nennt die regierungsnahen Zeitung *Global Times* den neuen Kurs.

Lutz Pohle ist Leiter des Auslandsbüros (im Aufbau) der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Beijing.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Dezember 2012
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling